

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/7183 –**

Finanzierung der Forschungsverbände zur DDR-Forschung sicherstellen – Kommunismus-Forschung und Vermittlungsarbeit zur Willkür in der DDR stärken

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass im Gegensatz zum Nationalsozialismus der Kommunismus bis heute in der Forschung nicht als eigenständiges Forschungsfeld wahrgenommen werde. Es gebe keinen Lehrstuhl an einer deutschen Hochschule zur DDR-Geschichte und der Geschichte sowie den Wirkungsweisen des Kommunismus. Statt die Förderung der DDR-Forschung fortzuführen oder gar auszuweiten, habe die Bundesregierung im Haushalt 2023 nun aber eine deutliche Kürzung des Titels 685 10-165 im Kapitel 3003 vorgenommen. Es gebe zahlreiche bekannte Vorgänge in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, die nicht erforscht seien. Es sei von besonderer gesamtdeutscher Verantwortung, die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Herrschaft fördere. Dabei müsse die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR und dem SED-Unrecht gestärkt werden, um ein Verständnis für die gesellschaftspolitischen Folgewirkungen zu entwickeln und die Vermittlungsangebote verbessern zu können.

B. Lösung

Als Lösung schlägt die CDU/CSU Fraktion vor, neben der weiteren intensiven Erforschung der SED-Diktatur eine Erweiterung hinsichtlich der DDR-Forschung vorzunehmen. Insbesondere müsse man die Wirkmechanismen des Kommunismus in Gänze erforschen. Damit in der Bevölkerung ein möglichst breites Bewusstsein über die Verbrechen der SED-Diktatur und der Gefahren des Kommunismus etabliert werde, fordert die Fraktion der CDU/CSU, dass die Bundesregierung einen Maßnahmenkatalog umsetzt. Zum einen solle man dabei die in der ersten Förderrunde bereitgestellten Mittel für die „Forschungsverbände SED-Unrecht“ auch in der zweiten Runde in gleicher Höhe zur Verfügung stellen. Zum

anderen solle man den abgelehnten Förderprojekte aus der zweiten Förderrunde „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur-, und Sozialwissenschaften“ durch eine zusätzliche Förderrunde eine weitere Chance auf Folgeförderung ermöglichen. Des Weiteren solle es die dauerhafte Aufgabe des Bundes und der Länder werden, die Forschung über den Kommunismus und die Aufarbeitung der SED-Verbrechen in einem der Sache angemessenen Maße zu gewährleisten.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/7183 abzulehnen.

Berlin, den 11. Oktober 2023

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring
Vorsitzender

Maja Wallstein
Berichterstatterin

Lars Rohwer
Berichterstatter

Dr. Anja Reinalter
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Maja Wallstein, Lars Rohwer, Dr. Anja Reinalter, Dr. Stephan Seiter, Dr. Marc Jongen und Nicole Gohlke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/7183** in seiner 108. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der CDU/CSU macht darauf aufmerksam, dass im Gegensatz zum Nationalsozialismus der Kommunismus bis heute in der Forschung nicht als eigenständiges Forschungsfeld wahrgenommen werde. Es gebe keinen Lehrstuhl an einer deutschen Hochschule zur DDR-Geschichte und der Geschichte sowie den Wirkungsweisen des Kommunismus. Statt die Förderung der DDR-Forschung fortzuführen oder gar auszuweiten, habe die Bundesregierung im Haushalt 2023 nun aber eine deutliche Kürzung des Titels 685 10-165 im Kapitel 3003 vorgenommen. Die Bundesregierung habe in der vergangenen Legislaturperiode unter Unions-Führung u. a. mit der Förderung über die „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR und dem SED-Unrecht vorangetrieben. Daran solle nun angeknüpft werden, um dem Ziel, der stärkeren strukturellen Verankerung der nur schwach entwickelten DDR-Forschung in der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft, näherzukommen. Nur so könne auch zukünftig gewährleistet werden, dass die Vermittlung dieser Themen auch in den Schulen Einzug fände.

Die Bundesregierung solle im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten,

- die in der ersten Förderrunde bereitgestellten Mittel für die „Forschungsverbünde SED-Unrecht“ auch in der zweiten Förderrunde in mindestens gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen;
- den abgelehnten Förderprojekten aus der zweiten Förderrunde der „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur-, und Sozialwissenschaften“ eine individuelle Beratung zur Weiterentwicklung der eingereichten Projektskizze hin zur Förderfähigkeit ermöglichen und durch eine zusätzliche Förderrunde eine weitere Chance auf Folgeförderung schaffen;
- die Kommunismus-Forschung als dauerhafte Aufgabe mit bundespolitischer Verantwortung ansehen und gemeinsam mit den Ländern die Rahmenbedingungen zur Etablierung eines eigenständigen Forschungsfeldes schaffen;
- die wissenschaftliche Aufarbeitung von gesundheitlichen und auch psychologischen Folgeschäden bei Opfern der SED-Diktatur interdisziplinär und multiprofessionell vorantreiben sowie die notwendigen Beratungs-, Unterstützungs- und Rehabilitationsangebote verbessern;
- die Forschung zu Ursachen, Wirkung und Folgen des Kommunismus im gesamtdeutschen und europäischen Kontext sowie im internationalen Vergleich als Grundlage für die Vermittlungsarbeit, etwa über die Bundesstiftung Aufarbeitung, stärken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7183 in seiner 59. Sitzung am 11. Oktober 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7183 in seiner 43. Sitzung am 11. Oktober 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/7183 in seiner 55. Sitzung am 11. Oktober 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bedankt sich zunächst für den Konsens, welche nach der Debatte im Plenum vernommen habe und stellt fest, dass es jetzt für die DDR-Forschung an der Zeit sei eine Kontinuität in der Forschung zu etablieren. Dabei weist die Fraktion darauf hin, dass man von bisher 14 SED-Forschungsverbänden nur noch sieben habe weiterfinanzierten wollen, jedoch habe die Forschungsministerin Hoffnung gemacht, dass weitere Forschungsverbände finanziert werden sollen.

Die CDU/CSU-Fraktion möchte von der Bundesregierung wissen, ob alle Anträge für die zweite Förderperiode bewilligt wurden und wenn ja, welche konkret und in welcher Höhe. Außerdem möchte sie wissen, wann es einen Austausch hinsichtlich der Fortführung geben werde und welche methodischen Zugänge dafür vorgesehen seien.

Abschließend betont die antragstellende Fraktion, dass es ihr über die DDR-Forschung hinaus auch um die Forschung des Kommunismus gehe.

Die **Fraktion der SPD** stellt einleitend fest, dass es im Parlament eine breite Zustimmung für das Forschungsfeld gebe. Es seien sich alle einig, dass die DDR-Forschung einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Resilienz leiste. Das habe die Koalition auch als Forschungsmission definiert. Dabei sei auch das konkrete Beispiel der Belter-Widerstandsgruppe zu Beginn des Antrags ein sehr eindringlicher Hinweis darauf, warum man nicht müde werden dürfe zu forschen, aufzuklären und auch daraus zu lernen. Man müsse sich klar werden, dass man in der gesamten Bundesrepublik diese Forschung brauche. Die Forschungsministerin habe in diesem Ausschuss am 20. September klargestellt, dass Planungen liefen, um ab 2026 Förderlinien zu ermöglichen.

Abschließend stellt die Fraktion der SPD fest, dass es im Antrag heiße, man wolle für abgelehnte Verbände eine Beratung zur Weiterförderung. Tatsächlich gebe es sowas schon, zum Beispiel bei „Landschaften der Verfolgung“. Dabei könne man Teilprojekte gegebenenfalls auch aus anderen Mitteln weiterfinanzieren. Dabei sei es wichtig zu betonen, dass es im Wesentlichen einer wissenschaftlichen Evaluation bedürfe und die Politik sich nicht einmischen dürfe. Man gehe aber davon aus, dass die neuen Förderlinien des Forschungsministeriums entsprechende Forschung möglich machen werden.

Die **Fraktion der AfD** betont einleitend, dass sie dem Antrag in der Grundtendenz zustimme und in der Sache richtig und gut finde. Der Antrag stelle zu Recht fest, dass es bis heute an deutschen Hochschulen keinen Lehrstuhl gebe, welcher zur DDR-Geschichte oder den sog. Wirkungsweisen des Kommunismus forsche. Zudem habe die Bundesregierung im Haushalt für das Jahr 2023 eine Kürzung der Mittel für die DDR-Forschung vorgenommen. Dies sei ein Hinweis auf den Stellenwert, den die Bundesregierung diesem Forschungsfeld einräume. Gefährdet sei durch die Mittelkürzung das Verbundprojekt „Landschaften der Verfolgung“. Dabei gehe es unter anderem um die Erstellung einer Datenbank zu den Dimensionen politischer Haft in der DDR. Auf dieser Grundlage solle es erstmals möglich sein, umfassende Aussagen zur Gesamtzahl der Betroffenen vorzunehmen und sie in sozialen und kulturellen Kontexten zu verorten. Es sei wichtig, dass diese Projekte weiter gefördert werden.

Es gebe weitere gute Gründe, den Fokus gerade jetzt auf dieses Thema zu richten. Es gebe heute in Deutschland mittlerweile Zustände, welche an die DDR erinnerten. Als Beispiel sei Anetta Kahane, eine ehemalige Stasi-Mitarbeiterin, zu nennen, welche im Auftrag der Bundesregierung mit der Amadeu-Antonio-Stiftung das Internet überwache und nach unliebsamen Meinungen suche, um diese gezielt zu „canceln“. Deshalb gehe der Antrag nicht weit genug. Die Nachwirkungen und das Wiederaufleben DDR-artiger Verhältnisse nehme man nicht in den Blick, sondern man begreife sie ausschließlich als historisches Phänomen. Deshalb erkenne man in dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion ein gewisses Element der Heuchelei. Die CDU/CSU-Fraktion habe diese Verhältnisse

nämlich auch zugelassen oder gar gefördert, weil die Amadeu-Antonio-Stiftung in ihrer Regierungszeit Zuwendungen erhalten habe. Dies sei der Punkt den man ergänzen wolle.

Trotz der eben genannten Kritik wolle die Fraktion der AfD dem Antrag zustimmen. Der Antrag gehe in die richtige Richtung und eine Kürzung der Haushaltsmittel abzulehnen.

Abschließend möchte die Fraktion der AfD von der Bundesregierung wissen, wie Sie plane, diese wichtigen Forschungsvorhaben bestehen zu lassen. Zudem möchte sie wissen, ob die Kürzungen tatsächlich zu erwarten seien oder ob man davon ausgehen könne, dass eine weitere Forschung der DDR-Vergangenheit sichergestellt werde?

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont die inhaltliche Bedeutung des Antrags zur DDR-Forschung, da seien sich die Fraktionen einig. Die DDR-Forschung sei ein wichtiges Forschungsfeld, das an vielen Hochschulen bereits erforscht werde. Der Antrag formuliere ein berechtigtes Anliegen, da ein Lehrstuhl fehle. Außerdem gebe es sehr viel Forschungsbedarf und viele offene Fragen. Man sei froh, dass das BMBF die Verbände, die jetzt bereits positiv evaluiert wurden, weiter fördere. Deshalb sei das Problem, welches in dem Antrag formuliert werde, in Teilen bereits gelöst.

Man zweifle aber über die Ernsthaftigkeit des Antrages, da die Union keinen Antrag im Haushaltsausschuss zur Abstimmung gestellt habe.

Abschließend betont die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass man Aspekte im Rahmen der zugrunde liegenden Forschungsansätze mehr berücksichtigen könne, wie zum Beispiel die Forschung der Geschichte von Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern, People of Color, queere Menschen und zivilgesellschaftliche Bewegungen, wie zum Beispiel die Umweltbewegung. Man lehne den Antrag daher ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führt aus, dass die Union bei diesem Thema an vielen Stellen Recht habe. Es sei natürlich eine gemeinsame Verantwortung, dass die volle Tragweite der kommunistischen Diktatur erfasst und aufgearbeitet werde. Somit solle das Unrecht an die kommenden Generationen vermittelt werden. Deswegen teile man die Anschauung, dass an dieser Stelle ein hoher Bedarf sei.

Man teile die Feststellung der CDU/CSU-Fraktion, dass die meisten Schulabgängerinnen und Schulabgänger nur wenig bis nichts über den Arbeiter- und Volksaufstand vom 17. Juni 1953 sagen könnten oder über den 13. August 1961 oder andere wirkliche Schlüsselereignisse der DDR-Geschichte. Dies sei eine bittere Feststellung.

Man finde es problematisch, dass die Bundesregierung bei den BMBF-Programmlinien „chaotisch“ agiere oder in der Vergangenheit agiert habe. Projektverlängerungen seien in der Schwebelage und damit würden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ungewissen gehalten. Dies sei ein Stil, den es in der Vergangenheit in diesem Ausmaß nicht gegeben habe und welcher sich nicht etablieren dürfe. Es brauche für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine verbindliche Perspektive über die Zusicherung der Fortführung ihrer Projekte. Insgesamt sei der Antrag der Union an einigen Stellen aber widersprüchlich. Zum Beispiel passe der Vortext nicht mit den Forderungen zusammen. Man kritisiere in dem Antrag vieles, was die CDU/CSU-Fraktion selbst in der Hand habe, da sie Landesregierungen und Ministerpräsidenten stelle. So könne man Einfluss auf die Einrichtung von Lehrstühlen nehmen.

Der Antrag benenne die derzeitige Verbundforschung als inhaltlich und strukturell wichtig, aber kritisiere andererseits die fehlende Themenbreite und methodische Ausrichtungen. Man frage sich daher, warum dann im Jahre 2018 die Förderkriterien vom damals unionsgeleiteten BMBF nicht von vornherein auf diese thematische Breite hin formuliert wurden. Es leuchte jedenfalls nicht ein, warum man damals nicht schon entsprechende Mittel bereitgestellt habe. Es wirke so, als wollte man zum Jahrestag von 1953 schnell einen Antrag formulieren, weil man den Diskurs für sich reklamieren wolle.

Die **Fraktion der FDP** bestätigt zunächst die Einigkeit darüber, dass die DDR-Forschung und die Kommunismus-Forschung zwei sehr wichtige Themenbereiche der Forschungsaktivitäten seien und dass man sich damit auseinandersetzen müsse. Insbesondere das Wissen um die Zustände in der Zeit der DDR sei wichtig, damit man an junge Menschen vermitteln könne, was in dieser Zeit passiert sei, was die Motivation gewesen sei, was die Folgen seien und vor allem, dass so etwas nicht mehr passieren dürfe. Dies gelte genauso für die Zeit von 1945, denn auch da sehe man, dass es in jüngster Zeit Entwicklungen gebe, die Demokraten nicht für gut befinden könnten.

Man sehe, dass die Wissenschaft auch international von sich aus schon Forschung auf diesem Gebiet betreibe. Es sei allerdings fraglich, ob mit Fördermitteln alleine eine nachhaltige Forschung zu leisten sei. Man müsse vielmehr Professuren einrichten. Das Einrichten von Professuren sei, wie es auch im Beitrag der Fraktion DIE LINKE. angeklungen sei, eben Ländersache. An sich könnten Förderprojekte nur Anreize schaffen. Durch Professuren könne man aber nachhaltig und unabhängig von der Politik Forschung betreiben.

Abschließend wird festgestellt, dass der Antrag sich viel mit der politischen Bildung befasse. Dies sei aber bisher nicht Kern der Arbeit von politischer Forschung. Man begrüße deshalb die Diskussion, weil man auch im Bereich der politischen Bildung Handlungsbedarf sehe. Zusammenfassend lehne man den Antrag dennoch ab.

Die **Bundesregierung** betont, dass die DDR-Forschung für die Bundesregierung einen hohen Wert habe. Man habe daher die Haushaltsmittel nicht gekürzt. Es sei bereits zu Beginn der Förderung klar gewesen, dass nach der ersten Förderphase eine zweite verkürzte Förderphase mit stärkerem Fokus auf Transfer in diesen Programmen folgen werde und zwar insbesondere bei einer Wiederbewerbung. Bei der Wiederbewerbung seien elf der 14 Verbände angetreten und sieben wissenschaftlich ausgewählt worden. Insofern sei die Frage der CDU/CSU-Fraktion positiv zu beantworten. Es seien alle dieser ausgewählten Programme inzwischen bewilligt worden. Die Summe aller Einzelprojekte belaufe sich auf 8,5 Millionen Euro.

Im Einzelnen fördere man: „Das mediale Erbe der DDR“ mit 1,05 Millionen Euro; „DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit“ mit 1,2 Millionen Euro; „Zwischen Bildungsmythen und Gegenerzählung“ mit 1,65 Millionen Euro; „Das umstrittene Erbe von 1989“ mit 600 000 Euro; „Die Diktaturerfahrung und Transformation“ mit 1,89 Millionen Euro; „Modernisierungsblockaden in Wirtschaft und Wissenschaft der DDR“ mit 1,1 Millionen Euro und „Wir wählen aber im Sozialismus“ mit 918 000 Euro.

Insofern sei der Vorwurf, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Ungewissheit gehalten werden, zurückzuweisen. Übergangsfristen seien nicht gewünscht, aber stellenweise unvermeidbar.

Bei der Frage der Konstanz der Fördermittel gelte in erster Linie das Wort der Ministerin. Es sei bekannt, dass direkte Zusagen für das Jahr 2026 beziehungsweise bei der Förderlinie momentan nicht möglich seien. Es sei jedoch die Absicht des BMBF an dieser Stelle weiter aktiv zu bleiben. Es sei das stetige Bemühen, auch schon der vorherigen Regierung, Konstanz und Wissenstransfer in der Forschung zu gewährleisten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, dass der Bund in solchen wichtigen politischen Fragen neben den Ländern auch eigenständig agieren solle. Man habe, gerade was die jüngere Zeitgeschichte angehe, Signale gesetzt, in dem man Stiftungsprofessuren finanziert habe. Man wolle von einer Phase profitieren, in der die Distanz zum Geschehen zwar noch nicht groß genug sei, um objektiv zu sein, aber nicht so groß, dass keine Zeitzeugen mehr da wären. Außerdem sei es manchmal nötig, dass der Bund die Hochschulen der Länder koordiniere. Deshalb gebe es zum Beispiel Stiftungsprofessuren für die jüngere Zeitgeschichte.

Der Hinweis, dass das schon 2017 als degressives Programm organisiert worden sei, sei nicht zielführend, weil man heute wisse, dass es eher mehr als weniger zu tun gebe. Man habe dies anfangs falsch eingeschätzt. Der Bedarf an DDR-Forschung sei groß. Deshalb müsse das BMBF mehr tun, als nur sieben von 14 Forschungsverbänden zu fördern. Auch nach dem fraktionsübergreifenden Konsens sehe man sich im Handlungsbedarf bestätigt.

Berlin, den 11. Oktober 2023

Maja Wallstein
Berichterstatlerin

Lars Rohwer
Berichterstatler

Dr. Anja Reinalter
Berichterstatlerin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatler

Dr. Marc Jongen
Berichterstatler

Nicole Gohlke
Berichterstatlerin

